



BLICKPUNKT WAHLKREIS 43

Gudrun Pieper MdL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die verkürzten Plenartage vor den Osterferien hatten es einmal wieder in sich. Während der Landtagsdebatte zur Justizpolitik musste Ministerin Niewisch-Lennartz unter dem Druck der Befragung einräumen, dass dem Celler Generalstaatsanwalt vor Ermittlungsbeginn nicht dieselben Rechte gewährt wurden wie dem ehemaligen Landgerichtspräsidenten. Der richtige und anständige Weg der Information wäre normalerweise gewesen, den Rechtsausschuss in vertraulicher Sitzung über die Einleitung des Ermittlungsverfahrens zu unterrichten. Doch die Justizministerin hat sich bewusst dagegen entschieden. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass diese Justizministerin mit ihrem Amt hoffnungslos überfordert ist, hat die Fragestunde den letzten Beweis erbracht.

Ich wünsche Ihnen frohe Ostern, viel Sonnenschein, einen fleißigen Osterhasen und schöne Feiertage!

Herzliche Ostergrüße

Gudrun Pieper



TERMINAUSZUG

11.04.2015 **SCHNEVERDINGEN**
KREISPARTeitag DER CDU-HEIDEKREIS

15.04.2015 **WALSRODE**
BESUCH DER PESTALOZZI-SCHULE

20.04.015 **WIETZENDORF**
BÜRGERSPRECHSTUNDE IM HOTEL HARTMANN

23.4.-30.4.2015 **TEL AVIV**
FRAKTIONREISE NACH ISRAEL

12.05.- 13.05.2015 **HANNOVER**
PLENARWOCHE

V.I.S.D.P.

Gudrun Pieper Kristin Kühling
Moorstraße 2, 29664 Walsrode
Tel.: (05161) 73046 Fax: (05161) 910702
info@gudrunpieper.de

Regierung lässt Niedersachsens Kommunen mit Flüchtlingsproblem allein

In der Plenardebatte und auch auf der vergangene Woche stattfindenden Landkreisversammlung in Bad Nenndorf wurde deutlich, dass die Regierung Weil Niedersachsens Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen im Stich lässt. Die Situation wird immer schwieriger: Die Kommunen finden kaum noch Wohnraum für Asylbewerber. Sie müssen teilweise in Turnhallen, Containern und Zelten ausweichen und dort die Flüchtlinge unterbringen. Deswegen rufen Niedersachsens Kommunen angesichts steigender Flüchtlingszahlen eindringlich um Hilfe - und bekommen von der Regierung Weil allenfalls zynische Ratschläge, wie den des Ministerpräsidenten während der Landkreisversammlung: „So schlecht geht es Euch doch gar nicht, liebe kommunale Familie“.

Die von der Landesregierung gewährte Kostenpauschale von rund 6.200€ pro Flüchtling decken bei Weitem nicht die Kosten, die den Kommunen durch die Unterbringung und Versorgung entstehen würden. „Die Landesregierung belastet die Kommunen über Gebühr. Das Land muss seiner Verantwortung gerecht werden und die volle Kostendeckung übernehmen, so wie es in Bayern und im Saarland bereits geschehen ist“, sagte die stv. Fraktionsvorsitzende Editha Lorberg in der Aktuellen Stunde. Auch bei der Integration von Flüchtlingen lässt Rot-Grün die Städte und Gemeinden allein: „Den CDU-Antrag zur Sprachförderung von Flüchtlingen haben SPD und Grüne im Plenum abgelehnt“, kritisierte Lorberg zu Recht. Sie appellierte an die Landesregierung die Kommunen endlich zu unterstützen: „Wenn die Regierung Weil hier weiterhin

untätig bleibt, nimmt sie in Kauf, dass sich Kommunen weiter verschulden müssen und sich die Stimmung gegenüber Flüchtlingen verschlechtert.“ Auch die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Angelika Jahns, hat die Landesregierung während der Dringlichen Anfrage aufgefordert, Niedersachsens Kommunen nicht länger mit dem Problem allein zu lassen. Die vom Landkreistag geforderten 120 Mio. Euro Soforthilfe für die Flüchtlingsunterbringung müssen endlich fließen. Diesen Hilferuf kann die Landesregierung nicht einfach ignorieren. Kritik üben wir auch an der Haltung des verantwortlichen Innenministers Boris Pistorius. Er muss den Ernst der Lage begreifen und es hilft keinem weiter, wenn er ständig darauf verweist, das Land habe die Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge verdreifacht, während sich die Flüchtlingszahlen aber vervierfacht haben. Geradezu dreist ist es zudem, wenn er als Beleg für die vermeintlich gute Flüchtlingspolitik der Landesregierung mit Zahlen von 2011 argumentiert. „Die Situation hat sich vor allem durch den Krieg in Syrien seit 2011 gravierend verändert. Hinweise auf Jahre zurückliegende Flüchtlingsleistungen des Landes sind für den Umgang mit der jetzigen Lage völlig deplatziert“, so Jahns.

Wir fordern die Regierung Weil auf, auf den Zustrom von Flüchtlingen nach Niedersachsen zu reagieren, indem es in der Diskussion und Handlungsstrategie ebenfalls dazu gehört, zusätzliche Richterstellen bei den Verwaltungsgerichten zu schaffen, um damit die Zahl von Asylverfahren zügiger bearbeiten zu können. Bayern und das Saarland sind uns bereits um Längen voraus!

PLENUM IN KÜRZE

CDU fordert Einrichtung einer Kinderkommission

Um den Interessen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen im Parlament mehr Gewicht zu verleihen haben wir als CDU-Landtagsfraktion die Einrichtung einer eigenständigen Kinderkommission - kurz „Kiko“ - im Niedersächsischen Landtag gefordert. „Kinder und Jugendliche haben weniger Möglichkeiten als Erwachsene deutlich zu machen, was ihnen wichtig ist“, sagte der kinder- und jugendpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Volker Meyer, in der Landtagsdebatte. „Sie sind deshalb darauf angewiesen, dass sich ihre Eltern, aber auch Politiker für ihre Rechte und Interessen einsetzen.“ Ziel der Kommission ist es Öffentlichkeit und Parlament für die Belange von Kindern und Jugendlichen zu sensibilisieren. Die meisten politischen Entscheidungen haben Auswirkungen auf die Lebenswelt und den Alltag von Kindern und Jugendlichen. Mit der Kiko würde auf Landesebene eine einheitliche Anlaufstelle entstehen, an die sich nicht nur Verbände und Organisationen, sondern auch Kinder und Jugendliche selbst wenden können.

Der Niedersächsische Landtag hatte bereits in der vergangenen Legislaturperiode über die Einrichtung einer Kiko beraten - sich damals aber mehrheitlich dagegen entschieden. Hintergrund des erneuten Anlaufs der CDU sind die positiven Erfahrungen des Bayerischen Landtags, der 2009 als erstes Länderparlament eine eigene Kiko eingerichtet hat. Auch organisatorisch soll sich die niedersächsische Kiko an ihrem bayerischen Vorbild orientieren und als eigenständige Kommission die Landtagsausschüsse beraten und Empfehlungen abgeben. Eine Angliederung der Kiko an den Sozialausschuss wie im Bundestag hält Meyer nicht für sinnvoll. „Kinder- und Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens berührt. Eine Fokussierung auf sozialpolitische Fragestellungen wäre zu kurz gegriffen“, so der CDU-Landtagsabgeordnete. Die Beratungen werden fortgesetzt (Drs. 17/3112).

Sicherheit der Bevölkerung muss oberste Priorität haben

Der CDU Landtagsfraktion hat die rot-grüne Landesregierung in der Landtagsdebatte zu ihrem Antrag unter der Drs.17/3114 aufgefordert, angesichts des zunehmenden Auftretens verhaltensauffälliger Wölfe in Niedersachsen ein deutliches Signal zu setzen. Besorgniserregend ist vor allem, dass der Wolf bei Begegnungen mit Menschen kaum mehr Scheu zeigt. Einzelne Tiere haben sich inzwischen zu regelrechten Problemwölfen entwickelt, die aufgrund ihres unnatürlichen Verhaltens eine Gefahr für die Bevölkerung darstellen können. „Die Menschen im Land sind angesichts dieser Entwicklung zu Recht besorgt“, so CDU-Sprecher Ernst-Ingolf Angermann. Die von der Landesregierung im Umgang mit Problemtieren bislang eingeleiteten Maßnahmen bezeichnen wir als ungeeignet. „Die Sicherheit der Bevölkerung muss absolute Priorität haben. Dazu bedarf es klarer Regeln, die festlegen, welches Verhalten eines Wolfes als arffremd zu bezeichnen ist und wie in solchen Fällen vorgegangen werden muss“, betonte Angermann. „Ein Wolf, der eine Gefahr für den Menschen darstellt und bei dem eine Lebendentnahme nicht möglich ist, muss getötet werden dürfen.“ Angesichts der zunehmenden Ausbreitung des Wolfs müssen darüber hinaus die Herdenschutzregionen abgeschafft und ganz Niedersachsen zur Präventionskulisse erklärt werden. „Die Lage spitzt sich zu. Wir haben in Niedersachsen über 50 Wölfe - Tendenz steigend. Mehr als 200 Schafe, Rinder und Damwild sind bereits vom Wolf gerissen worden“, so Angermann. Bereits im Februar hat die CDU-Fraktion mit der Einrichtung einer Task-Force sowie eines Expertenteams vorausschauendes Agieren gefordert, um kurzfristig auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Passiert ist bislang nichts. „Die Landesregierung trägt für Ereignisse, die auf unzureichende Präventionsmaßnahmen zurückzuführen sind, die politische Verantwortung“, so Angermann abschließend. Nun sind wir auf die Beratung im Fachausschuss gespannt.

Rot-grünen Krankenhaus-Dirigismus verhindern

Die Ablehnung des CDU-Antrags auf Einsetzung einer Enquetekommission zur Neuausrichtung der Krankenhauslandschaft in Niedersachsen durch Rot-Grün kritisieren wir scharf. Damit haben SPD und Grüne die Chance vertan Kriterien für eine bürgernahe, humane und leistungsfähige Krankenhauslandschaft in Trägervielfalt zu erarbeiten. Stattdessen will Rot-Grün mit einem eigenen Antrag einen zentralistischen Krankenhaus-Dirigismus in Niedersachsen durchsetzen. So wird versucht, unter dem Vorwand der Qualitätssicherung eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage zu schaffen, um Krankenhäuser aus dem Plan nehmen zu können. Dass sich die Regierungsfractionen dabei auf ein von der Bund-Länder-AG zur Krankenhausreform im Dezember letzten Jahres vorgestelltes Eckpunktepapier berufen, ist ein dreister Versuch, die Vorschläge der AG politisch zu instrumentalisieren. „Zwar hat das Papier tatsächlich den Aspekt der Qualitätssicherung zum Gegenstand - damit ist aber nicht gemeint, dass man theoretische und unrealistische Strukturqualitätsanforderungen aufstellt, um möglichst viele Krankenhäuser schließen zu können“, so der sozialpolitische Sprecher Dr. Max Matthiesen während der Debatte.

Wir halten daran fest, dass Qualität auch durch den Wettbewerb im Krankenhausmarkt entsteht. Dazu müssen alle leistungsfähigen Krankenhäuser rechtzeitig die benötigten Investitionsmittel erhalten. Damit Trägervielfalt weiterhin gewährleistet ist, müssen die Krankenhausbaumittel des Landes jährlich um einen erheblichen zweistelligen Millionenbetrag aufgestockt werden. Das ist zugleich ein entscheidender Beitrag zur Qualitätssicherung. Mit dem von Rot-Grün beschlossenen Antrag schwebt dagegen über jedem Krankenhaus das Damoklesschwert, aus dem Plan genommen zu werden, wenn es sich zu häufig von der Notfallversorgung abmeldet. Eine Schwächung der Krankenhäuser gerade im ländlichen Raum!

BERICHT AUS DEM EUROPAPARLAMENT

Anzahl von Asylanträgen aus Balkanstaaten um 40% gestiegen



Die Europäische Kommission wiederholte am Mittwoch, dem 25.02., ihre Sorgen bezüglich des Missbrauchs eines visafreien Reisesystems der EU durch Bürger des West-Balkans, um Asyl zu beantragen. Das visafreie Reisesystem besteht seit 2009 mit den Ländern Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien. Über die Entwicklungen wird jährlich in einem Bericht Auskunft gegeben. Probleme traten in jüngster Vergangenheit vor allem mit illegalen Einwanderern aus dem Kosovo auf, die über die serbischen Grenzen in die EU gelangten und dort versuchten, Asyl zu beantragen. Die EU bewerte die Errungenschaften des visafreien Reisens als große Errungenschaft, so Kommissar Dimitris Avramopoulos, trotzdem müsse man darauf achten, Missbrauch zu verhindern.

Laut des Kommissionberichtes stieg die Anzahl von Asylanträgen aus den obigen Ländern allein im vergangenen Jahr um 40%, während gleichzeitig die Bestätigungsrate dieser Anträge kontinuierlich sinkt, da eine politische Verfolgung meist nicht nachweisbar ist. Aus Serbien wurden beispielsweise nur 2,7% der Asylanträge genehmigt.

Die Mitgliedstaaten wurden dazu aufgefordert, die Asylbearbeitungsprozesse für die fünf visafreien Balkanstaaten anzugleichen. Zudem solle man mögliche Pull Faktoren für illegale Migration überprüfen. Es könnte beispielsweise eine „selektivere Nutzung von Barleistungen stattfinden, um Anreize für illegale Migration zu verringern“, so die Kommission. Ebenfalls sollten die Mitgliedstaaten darauf achten, in Hochphasen genug Personal zu haben, um

die Asylprozesse möglichst schnell abwickeln zu können. Auch die Organisation von Besuchen durch hochrangige Vertreter in den betreffenden Ländern sei ratsam. So könne vor Ort auf das Thema aufmerksam gemacht werden. Unsere Position wird mit dieser Erkenntnis unterstützt!

Europäische Kommission hat Paket zur Energieunion vorgelegt

Das am Mittwoch, 25.02. beschlossene Paket zur Energieunion beinhaltet:

1. Eine Rahmenstrategie für eine krisenfestere Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie. Darin sind – in fünf miteinander verknüpften politischen Aspekten – die Ziele der Energieunion umrissen sowie die einzelnen Schritte der Juncker-Kommission dargelegt, mit denen diese Ziele verwirklicht werden sollen. Diese beinhaltet u. a. neue Rechtsvorschriften zur Umgestaltung und Reformierung des Strommarkts, die Schaffung von mehr Transparenz bei Gaslieferverträgen, den deutlichen Ausbau der regionalen Zusammenarbeit als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem integrierten Markt, mit einem stärker regulierten Regelungsrahmen, neue Rechtsvorschriften zur Sicherstellung der Lieferung von Strom und Gas, mehr EU-Mittel zur Förderung von Energieeffizienz oder ein neues Maßnahmenpaket für erneuerbare Energien, eine europäische Forschungs- und Innovationsstrategie sowie die jährliche Berichterstattung über den Stand der Energieunion.

2. Eine Mitteilung über den Verbund, in der die Maßnahmen zur Erreichung des Stromverbundziels von 10% bis 2020 erläutert werden – die Mindestmenge, die notwendig ist, damit Energie zwischen den Mitgliedstaaten fließen und gehandelt werden kann. Darin wird aufgezeigt, welche Mitgliedstaaten das Ziel bereits erreicht haben und welche Vorhaben notwendig sind, damit die Lücke bis 2020 geschlossen werden kann.

3. Eine Mitteilung, in der die Vorstellungen für ein weltweites Klimaübereinkommen dargelegt werden, das im

Dezember 2015 in Paris geschlossen werden soll. Ziel ist ein transparentes, dynamisches und rechtsverbindliches weltweites Übereinkommen mit fairen und ehrgeizigen Verpflichtungen vonseiten aller Vertragsparteien. Außerdem werden in der Mitteilung die auf dem EU-Gipfel vom Oktober 2014 gefassten Beschlüsse in EU-Vorschläge für Emissionsreduktionsziele (die sogenannten angestrebten nationalen Beiträge oder INDC) für das neue Übereinkommen umgesetzt.

In ersten Kommentaren und Reaktion auf diese erste große Initiative der neuen Kommission wurde von allen Seiten betont, dass die Schaffung einer Energieunion ein absolut notwendiger Schritt für die EU sei. Die Papiere werden in den kommenden Wochen in den verschiedenen Räten diskutiert, erste Vorschläge zur Umsetzung der Strategie werden noch vor der Sommerpause erwartet.

Studie der Kommission: Verbraucherprobleme bei Gebrauchtwagenkauf

Einer am 02.03. veröffentlichten Studie der Europäischen Kommission zufolge kosten Probleme im Bereich Gebrauchtwagenhandel die europäischen Verbraucher zwischen 1,9–4,1 Mrd. EUR. Bei 41% der Verbraucher in der EU tauchten Probleme innerhalb des ersten Jahres nach Kauf des Gebrauchtwagens auf, 40% dieser Probleme sogar nach einem Monat. Fast ein Viertel der Befragten bekommt nicht die ihm gesetzlich zustehenden Informationen, wie etwa Angaben zur Unfallgeschichte, zu Garantiesprüchen oder zu CO²-Emissionen. Die Studie basiert auf den Angaben von 24.500 Verbrauchern, die innerhalb der letzten drei Jahre einen Gebrauchtwagen kauften und war infolge des „8. Barometers zur Lage der Verbraucher“ eingeholt worden. In der Studie wird den Mitgliedstaaten u.a. empfohlen, existierende Gesetzesmechanismen besser einzusetzen, damit Verkäufe transparenter werden und den Verbrauchern wahrheitsgemäße Informationen zu kommen.

UNTERWEGS IM UND FÜR DEN WAHLKREIS

Informationsveranstaltung „Der Wolf“ in Schwarmstedt



Von lks.: Helmut Dammann-Tamke (Präsident Landesjägerschaft), Hans Heinrich Oetjen (Vorsitzender WNON), Alexander Bleifuß (Zweckverband Aller-Leine-Tal), Gudrun Pieper MdL, Dr. Thorsten Richter (Uni Hildesheim), Henrik Rump, Christian Berge (Wolfszüchter)

„Der Wolf – Fluch oder Segen für die Region“. Diesem Thema widmete sich der CDU Samtgemeindeverband Schwarmstedt mit vielen interessierten Zuhörern. Die Plätze reichten kaum aus. Die Besucher mussten teilweise auf den Saalgang ausweichen. Eine sehr gelungene Veranstaltung unter Leitung des CDU-Samtgemeindeverbands- und Fraktionsvorsitzenden Henrik Rump. Die anschließende Podiumsdiskussion hätte noch weitere Stunden ausgedehnt werden können, da der Informationsbedarf sehr hoch ist.

Informationsreise nach Brüssel



Der Europaausschuss in der Landesvertretung in Brüssel

Unter meinem Vorsitz sind wir mit unserem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten des Niedersächsischen Landtages zu zahlreichen Treffen nach Brüssel gereist, um mit Vertretern der Europäischen Kommission intensive Gespräche zu führen. Themen waren u.a.: Investitionsoffensive, Asylpolitik, TTIP, Datenschutz und Jugendarbeitslosigkeit. Zehn Tages-

ordnungspunkte, zehn Gesprächspartner, zehn Themen – Es war ein ehrgeiziges Programm!

Besuche im Wahlkreis zum Internationalen Weltfrauentag



Gemütliches Beisammensein mit den Landfrauen bei der Vorsitzenden Andrea Evers in Rethem-Moor.

Um Familie, Beruf und ggf. ehrenamtliches Engagement in Einklang zu bringen ist für Frauen oft ein großer Spagat nötig. Doch familienfreundliche Arbeitsbedingungen und qualifizierte Betreuungsangebote finden wir auch bei uns im Heidekreis. Anlässlich des Weltfrauentages habe ich mich informiert, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingen kann: Die Krankenpflegeschule des Heidekreis Klinikums bietet eine 4-jährige Teilzeitausbildung an. Die Koordinierungsstelle Frau und Wirtschaft hilft beim Wiedereinstieg in den Beruf und hat mit ihrer Ferienbetreuung einen unverzichtbaren Platz eingenommen. Die Landfrauen leisten mit ihrem Engagement einen wesentlichen Beitrag für die Lebensqualität im ländlichen Raum. Fazit: Unser Heidekreis ist und bleibt zukunftsfähig. Es war ein spannender Tag mit vielen neuen Eindrücken!



Schulleiterin Ulrike Kempe und Oberin Anke Christiansen klärten mich über den Ablauf der Teilzeitausbildung auf.

Tagung der CDU-Landtagsfraktion in Leer



von lks.: Uwe Schünemann, Gerda Hövel, Clemens Große Macke, Gudrun Pieper, Rainer Fredemann und Dirk Lürßen (Ems-Achse).

Bei der Tagung der CDU-Landtagsfraktion in Leer stand die Leerer Erklärung im Mittelpunkt unserer Beratungen. Der sogenannte Masterplan Ems 2050 sieht einerseits die Renaturierung der Ems vor. Andererseits soll der Standort Meyer-Werft als Wirtschaftsfaktor erhalten bleiben. Das war u.a. auch Gesprächsinhalt bei der Besichtigung der Ems-Achse. Sie ist ein gutes Beispiel für die Wirtschaftsförderung und liefert somit auch wichtige Impulse für unseren Heidekreis.

CDU-Neumitgliederempfang in Walsrode



In meiner Rede informierte ich über meine Arbeit und griff dabei aktuelle Themen auf.

Neumitgliederempfang bei der CDU Heidekreis: Zahlreiche Neumitglieder waren der Einladung gefolgt und trafen sich bei guten Gesprächen und kleinen Snacks in der Kreisgeschäftsstelle in Walsrode. Ich heiße nochmals alle Neumitglieder herzlich Willkommen und freue mich auf die zukünftige Zusammenarbeit!